



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Gegen das Europa der Konzerne – für ein Europa der Arbeiter

Nicht nur Parteien, auch Konzerne machen diesmal Wahlkampf. Sie rufen die Arbeiter dazu auf, bei der Wahl am 26. Mai „für Europa“ und damit „für Freiheit und Wohlstand“ zu stimmen.

Welch ein Hohn aus dem Mund der Konzernchefs von ThyssenKrupp, VW, Siemens oder Bayer, die alle gerade tausende Entlassungen ankündigen und damit vorführen, was sie sich unter Freiheit und Wohlstand für uns Arbeiter vorstellen: Die Freiheit, uns zu entlassen und uns in den „Wohlstand“ von HartzIV zu zwingen!

Freiheit und Wohlstand hat die Europäische Union nur den Kapitalisten gebracht. Sie hat den Kapitalisten einen großen, einheitlichen Absatzmarkt geschaffen, auf dem sie ihre Waren zollfrei verkaufen können. Doch Arbeitsrecht, Sozialleistungen und Löhne sind in keiner Weise vereinheitlicht.

Der Mindestlohn beträgt in Osteuropa fast überall unter 500 Euro, in Bulgarien sogar nur 286 Euro. Selbst elementare Rechte der Frauen – wie das Recht, selber über eine Schwangerschaft zu entscheiden – werden nicht in allen EU-Ländern gewährt.

Und wie bitter muss das Wort Freiheit in den Ohren der Migranten klingen, die die Europäische Union in libyschen Lagern wie Sklaven halten lässt oder deren Angehörige im Mittelmeer ertrunken sind, weil die Europäische Union ihre Außengrenzen in eine Festung verwandelt hat!

Alle herrschenden Parteien, die heute „für Europa“ antreten, wollen dieses Europa im Interesse der Kapitalisten fortführen. Während SPD und Grüne dies unter ein paar sozialen Phrasen verstecken, sagen CDU, FDP und CSU offen: Sie wollen mehr „europäischen Zusammenhalt“, um... Handelskriege gegen China und die USA führen zu können. Sie wollen Europa „fit für die Zukunft“ machen... indem sie noch mehr

für Rüstung und Militär ausgeben!
Ihr Europa ist ein Abbild der weltweiten Entwicklung aus Krise, wachsender Armut, Handelskriegen und Kriegen, in die uns der Kapitalismus derzeit reißt.

Doch diejenigen, die uns wie die AfD weismachen wollen, wir wären ohne die EU, in einem von hohen Grenzmauern umgebenen deutschen Staat besser dran, sind noch schlimmer.

Sie behaupten ernsthaft, die deutsche Industrie müsse entlassen, weil „die überzogenen Umweltgesetze aus Brüssel sie dazu zwingen würden!“ Ach ja, hat etwa „Brüssel“ die Bosse der deutschen Autokonzerne gezwungen, über Jahre bei den Abgasen dreist zu betrügen und Profite zu scheffeln – und dann die Folgen von den Arbeitern der Autokonzerne und der einfachen Bevölkerung ausbaden zu lassen?

Und hat Brüssel etwa die Hartz-Gesetze eingeführt, mit deren Hilfe die Konzerne immer mehr Arbeitende in Niedriglöhne und Teilzeit zwingen? Hat Brüssel die Rente mit 67 oder die Privatisierungen von Krankenhäusern und Wohnungsgesellschaften durchgesetzt? Nein, für all die sozialen Verschlechterungen der letzten Jahre ist der deutsche Staat ganz allein verantwortlich.

Für die täglichen Sorgen der arbeitenden Bevölkerung ist nicht Europa verantwortlich, sondern die Kapitalisten, die ihre Interessen und ihre Gier nach immer mehr Profit auf dem Rücken der Arbeitenden durchsetzen – wobei ihnen der deutsche Staat ebenso wie die EU nach Kräften helfen.

Demgegenüber müssen wir unsere Interessen als Arbeiter verteidigen. Und dabei sitzen die Arbeiter in ganz Europa im gleichen Boot. Die meisten Firmen, für die wir arbeiten, haben auch Werke in anderen EU-Ländern. Ford, Bayer, Thyssen und VW planen nicht nur Massenentlassungen und Werkschließungen in Deutschland, sondern

in mehreren Ländern. Um uns zu wehren, müssen wir zusammenhalten. Allein schon deshalb sind Grenzen und Nationalismus Gift für uns.

Über die Landesgrenzen hinweg sind wir Arbeiter Teil einer gemeinsamen Klasse, mit denselben Interessen. Und überall stellt sich uns nicht zuletzt die gleiche grundlegende Frage: Wie können wir die Kapitalisten daran hindern, immer weiter zu entlassen, die Arbeitsbedingungen zu verschlimmern und die Löhne zu drücken? Wie können wir sie daran hindern, Preise für lebenswichtige Dinge wie Miete, Strom oder Lebensmittel immer weiter hochzutreiben? Wie können wir sie daran hindern, für ihren Profit die Umwelt zu ruinieren, immer mehr Waffen zu produzieren und für Öl und Absatzmärkte Kriege zu führen?

Ein Sturm der Entrüstung ist kürzlich ausgebrochen, als ein junger SPD-Politiker – wohl um von sich reden zu machen – die Frage aufwarf, ob die Konzerne nicht besser der Allgemeinheit gehören sollten. Von der AfD über CDU und CSU bis zur SPD und den Grünen verteidigten alle das heilige Recht der Kapitalisten, ganz allein über die Betriebe zu entscheiden – selbst wenn sie die Welt damit in den Abgrund treiben. Für all diese Politiker soll eine andere Gesellschaftsordnung nicht denkbar sein.

Doch es ist genau umgekehrt: Was nicht denkbar ist, ist eine Zukunftsperspektive im Kapitalismus. Die arbeitende Bevölkerung wird den Kapitalisten die Konzerne wegnehmen müssen. Durch ihre zentrale Rolle in der Wirtschaft hat sie die Macht hierzu. Sie muss demokratisch entscheiden, was produziert wird, zu welchen Bedingungen... und zwar nach den Bedürfnissen von Menschen und Umwelt – und nicht nach Profit.

Dies ist der einzige Ausweg aus der bedrohlichen Spirale aus Nationalismus, Handelskriegen und Krieg, die die wirtschaftliche Krise des Kapitalismus hervorruft.

Iran: Trump schickt seine Kriegsschiffe los

Wir veröffentlichen im Folgenden einen Artikel unserer französischen Genossen von Lutte Ouvrière vom 16. Mai 2019.

Seit Anfang Mai gibt die US-Regierung eine Regierungserklärung nach der anderen ab, gefolgt von offenen Drohungen gegen den Iran. Als erstes hat Präsident Trump am 1. Mai das Handelsverbot mit dem Iran verschärft. Seitdem können auch die letzten Länder, denen es die USA bislang noch erlaubt hatten, kein iranisches Öl mehr kaufen.

Dem Iran werden so nach und nach die Devisen ausgehen. Entsprechend wird er immer mehr Schwierigkeiten haben, sich auf dem Weltmarkt die Waren zu besorgen, die es im eigenen Land nicht gibt. Für die iranische Bevölkerung wird damit die Arbeitslosigkeit noch größer werden, die Inflation noch rasanter steigen und Entbehrungen und Mangel noch schlimmer werden.

Der Iran hat die Europäische Union aufgefordert, die Verpflichtungen einzuhalten, die sie im Rahmen des Atomabkommens eingegangen ist. Das Atomabkommen ist schließlich nur einseitig von den USA gekündigt worden. Der Iran hat die EU gebeten zu helfen, die Schlinge um seinen Hals ein wenig zu lockern.

Als Reaktion darauf hat Trump seine Drohungen noch einmal verschärft. Er hat von einer Bedrohung amerikanischer Interessen durch den Iran gesprochen, ohne irgendwelche konkreten Fakten zu nennen und hat unter diesem Vorwand den Flugzeugträger Lincoln samt Be-

gleitflotte in den Persischen Golf verlegt, ebenso eine B-52-Bomberstaffel, die laut Trump von Vietnam bis zum Irak Wunder gewirkt hätte.



US-Flugzeugträger vor der Küste des Iran

Am Sonntag, den 12. Mai, verkündeten Saudi-Arabien und die Arabischen Emirate dann, dass vier Schiffe im Persischen Golf Opfer von Angriffen und einem Sabotageakt geworden seien. Eigentlich eine ziemlich unbedeutende Angelegenheit, die aber sofort politisch ausgeschlachtet wurde. Die Verbündeten der USA ließen durchblicken, dass der Iran in die Sache verwickelt sei.

Die US-Regierung erhöhte daraufhin den Druck noch weiter und schickte ein weiteres Kriegsschiff, diesmal mit Marinesoldaten an Bord. Außerdem schickte Trump eine Batterie an Kurzstrecken-Flugabwehrraketen mit und ließ in einem Nebensatz fallen, dass er 120.000 einsatzbereite Soldaten habe, die jederzeit losmarschieren könnten.

Bei Trump geht es um mehr als nur Prahlerei. Seit Beginn seiner Präsidentschaft hat er aus dem Iran ein sehr nützliches Schreckgespenst gemacht. Indem

die amerikanische Rechte den Iran attackiert, macht sie sich den Kreuzzug sowohl der israelischen Rechten wie auch der militanten Christen gegen den Iran zu eigen. Indem die US-Regierung ein islamistisches Regime angreift, wäscht sie sich auch von ihrem Bündnis mit Saudi-Arabien rein – einer Diktatur, die noch rückschrittlicher ist als das Regime der Mullahs im Iran.

Sie dient damit außerdem den kurzfristigen Interessen der saudischen und amerikanischen Ölmagnaten, die bereits erklärt haben, dass sie gerne einspringen und das Rohöl liefern könnten, das der Iran durch das Embargo nicht mehr verkaufen kann.

Vor allem jedoch geht es darum, falls nötig auch mit Waffengewalt klarzustellen, dass die USA der Weltpolizist bleiben und kein Land ihnen erfolgreich Widerstand leisten kann, weder Nordkorea, noch Venezuela, noch der Iran oder morgen China. Und gegen den Iran mobil zu machen rechtfertigt obendrein das Wettrüsten und die Profite, die es ermöglicht.

Der Chor der imperialistischen Demokratien (der sich beim Treffen der Europäischen Außenminister am 13. Mai versammelt hatte) hat sich darauf beschränkt, dem Iran zu empfehlen, klein beizugeben. Alles, wozu sie fähig waren, war ihre Sorge über einen Krieg auszu-drücken, der „aus Versehen“ losgehen könnte. Dieses Versehen wäre dann jedoch sehr gut vom US-Imperialismus und seiner Kanonenbootpolitik vorbereitet worden.

China-USA: die Folgen des Handelskrieges

Anfang Mai hat US-Präsident Trump noch mehr Zölle auf chinesische Waren eingeführt: Waren im Wert von 200 Milliarden Dollar hat er mit einer Importsteuer von 25% belegt. Als Antwort darauf hat die chinesische Regierung ebensolche Zölle auf amerikanische Waren im Wert von 60 Milliarden Dollar erhoben. Und nun hat die US-Regierung auch noch Google verboten, dem chinesischen Konzern Huawei (dem weltweit zweitgrößten Handy-Anbieter) die Google-Dienste zu verkaufen. Huawei würde es sehr viel schwerer haben, seine Handys ohne den Google Play Store und andere Funktionen zu verkaufen.

Trumps Ziel ist, China wirtschaftlich so sehr zu schaden, dass es bereit ist, auf alle Forderungen Trumps einzugehen. Die weltweite wirtschaftliche Krise hat nämlich die Absatzmärkte verringert. Und die US-Regierung will mit ihren aggressiven Methoden und ihrer wirtschaftlichen Übermacht den US-Konzernen mehr Aufträge, Absatzmärkte und günstigere Verkaufsbedingungen in China verschaffen.

Schon jetzt bezahlt insbesondere die arbeitende Bevölkerung in China einen hohen Preis dafür. Der Rückgang der chinesischen Exporte und damit auch

der Produktion hat bereits zu Massenentlassungen in der Elektro- und Autoindustrie sowie den großen Häfen geführt. Auch in den USA zahlt die arbeitende Bevölkerung den Preis des Handelskrieges: Durch die Strafzölle auf chinesische Importe sind viele Produkte des alltäglichen Lebens sehr viel teurer geworden. Und die durch den Handelskrieg verschärfte wirtschaftliche Instabilität droht auch die Arbeitenden in vielen anderen Ländern zu Opfern ihres Konkurrenzkampfs zu machen.

Wie jeden Krieg führen die Kapitalisten ihren zerstörerischen Konkurrenzkampf mit dem Leben der Arbeiter!

Abtreibung: Das Recht jeder Frau verteidigen, über ihren Körper selber zu entscheiden!

Im US-Bundesstaat Alabama hat der Senat ein Gesetz verabschiedet, dass fast jede Abtreibung verbietet – sogar bei Vergewaltigungen und Inzest. Und Ärzten, die sie trotzdem vornehmen, droht dafür bis zu 99 Jahre Haft!

Auch andere nordamerikanische Staaten wie Georgia oder Ohio haben das Recht auf Abtreibung schon eingeschränkt. In Ohio kann bald ein 11jähriges Mädchen, das von einem Erwachsenen vergewaltigt wurde, gezwungen werden, das Kind ihres Folterknechts auszutragen. Wie stellen sich solche Menschen das Leben der jungen Mutter vor, die selber noch ein Kind ist?

Seit Jahren machen Erzkonservative



Demonstration in Ohio gegen die weitere Verschärfung des Rechts auf Abtreibung

und religiöse Gruppen eine Kampagne gegen Abtreibung nach der nächsten. Sie fühlen sich stark durch die allgemeine Rechtsentwicklung, durch Trumps

Präsidentschaft – und ganz besonders, seit Trump am Obersten Gerichtshof zwei Richter eingesetzt hat, die erklärte Abtreibungsgegner sind und dort nun eine Mehrheit herrscht, die fast jede Einschränkung der Frauenrechte unterstützt.

Doch zum Glück rufen diese widerwärtigen Vorhaben auch Empörung hervor: In Florida, Mississippi und Missouri haben Proteste sie verhindert.

Ja, es ist notwendig und möglich, diesen politischen und religiösen Kräften, die uns in finstere Vergangenheit zurückzerren wollen, entgegenzutreten!

Reisebusse: Eine Entwicklung rückwärts... für Fahrer und Passagiere

In der Nacht vom 19. auf den 20. Mai ist ein Flixbus auf dem Weg von Berlin nach München von der Fahrbahn abgekommen und hat sich überschlagen. Eine Passagierin ist gestorben, neun weitere sind schwer verletzt, darunter auch der Fahrer. Als Ursache wird ein Sekundenschlaf des Fahrers vermutet.

Sicher ist dies nicht, aber wundern könnte es niemanden. Die Arbeitsbedingungen der Fernbus-Fahrer sind katastrophal: Sie stehen unter ständigem Stress,

trotz ermüdender Staus den Plan einzuhalten. Nicht selten werden sie gedrängt, ihre gesetzlichen Ruhezeiten nicht einzuhalten und müssen in ihren „Pausen“ Gepäck ein- und ausladen, den Bus sauber machen... Sie fahren Tag und Nacht ganz allein, ohne einen zweiten Fahrer als Ablöse. Das alles oft zum Mindestlohn.

Auf denselben Verbindungen wie die Fernbusse fahren obendrein Züge, und zwar wesentlich schneller und umwelt-

freundlicher. Doch das Bahnticket Berlin-München kostet 150 Euro, das von Flixbus 30 Euro.

Die Deutsche Bahn gehört dem Staat und könnte daher problemlos günstige Zugtickets anbieten. Stattdessen werden die Passagiere, die wenig Geld haben, regelrecht dazu gezwungen, die beschwerlichen, langsamen und gefährlicheren Fernbusse zu nehmen – zum alleinigen Nutzen der großen privaten Busunternehmen und ihrer Gewinne.

(K)ein Mindestlohn für Azubis?

Viele Azubis müssen heute Miete und Lebensunterhalt selber zahlen. Gleichzeitig nutzen viele Firmen sie als billige Arbeitskräfte. Da klingt es erstmal gut, wenn die Regierung jetzt einen Mindestlohn für Azubis einführen will.

Doch der Mindestlohn soll anfangs... 515 Euro brutto betragen. Das ist ein Witz: Fast 93% der Azubis bekommen heute schon mehr!

Und selbst wenn die Regierung ihr Versprechen wahr machen und den Mindestlohn nach ein paar Jahren auf 620 Euro anheben sollte, wird es nicht viel besser. Denn die Unternehmen sind sowieso nicht gezwungen, den Mindestlohn zu

zahlen. Wenn die Gewerkschaft zustimmt, soll ein Betrieb auch künftig weniger als den Mindestlohn zahlen dürfen.

Und die schulischen Azubis (viele Laboranten, Erzieherinnen...) sollen ebenfalls keinen Anspruch auf den Mindestlohn haben. Sie sollen auch weiterhin keinen einzigen Cent bekommen. Dass die Regierung da noch von einem „Mindestlohn für alle Azubis“ redet, ist ein Hohn.

Die Kapitalisten brauchen ausgebildete Arbeitskräfte. Daran erinnern sie uns ja selber ständig. Also müssen sie allen Azubis auch so viel bezahlen, dass sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können!

Heuschrecken im Pflegeheim

Eine immer größere Zahl an Pflegeheimen wird von Hedge-Fonds aufgekauft – an die 100 allein im letzten Jahr. Diese Hedge-Fonds nehmen einen Kredit auf, um die Pflegeheime zu kaufen. Und dann sparen sie gnadenlos bei allem – beim Pflegepersonal, bei der Ausstattung, der Betreuung, beim Essen für die älteren Menschen – um davon die Raten der Schulden zu bezahlen und das Pflegeheim so „schlank“ zu sparen, dass sie es gewinnbringend verkaufen können.

In dieser Gesellschaft bleibt nichts von der Profitlogik verschont. Alles ist für die Kapitalisten ein Spekulationsobjekt: Lebensmittel, Wohnungen und genauso die Gesundheit und Würde der alten Menschen.

Österreich: ein Skandal zu viel

Österreichs Regierung ist geplatzt, nachdem ein Video aufgetaucht ist, das beweist: Vizekanzler und Parteichef der rechtsextremen FPÖ, Strache – dieser Saubermann, der so gerne über „kriminelle Ausländer“ wettet – ist selbst der Kriminelle. Er hat einer angeblichen russischen Oligarchin versprochen, ihr illegal öffentliche Aufträge zu verschaffen, wenn sie dafür der FPÖ Geld spendet und die „Kronen-Zeitung“ (die österreichische BILD-Zeitung) aufkauft. Dann wollte man kritische Journalisten aus ihr „entfernen“ und sie so zu einer Propaganda-Zeitung für die FPÖ machen. In dem Video nannte Strache übrigens auch andere finanzielle Unterstützer der FPÖ, darunter den Karstadt-Kaufhof-Besitzer Benko.

Von wegen „anders“ und „gegen das System“: Die rechtsextremen Parteien sind Teil des herrschenden politischen Systems, mit ihrer Korruption, ihrer Beeinflussung der Medien und ihrer Beziehungen zu den Kapitalisten, für die sie auch regieren (wollen). Und von wegen „Nation“ und „Vaterland“: Ihre Heimat sind die reichsten Kapitalisten... aller Länder.



Januar 2018: Großdemonstration in Wien gegen die Regierung

In Österreich hat die rechtsextreme FPÖ fast anderthalb Jahre lang einträchtig mit der konservativen ÖVP zusammen regiert und dabei eine ganze Serie arbeiter- und ausländerfeindlicher Maßnahmen beschlossen:

Sie haben die 60-Stunden-Woche legalisiert. Sie senken die Steuern für die Kapitalisten und vernichten dafür im Öffentlichen Dienst tausende Arbeitsplätze. Arbeitern, die ihren Job verloren haben, haben sie die Arbeitslosenhilfe drastisch gekürzt. Und sie haben zig Schikanen gegen Migranten eingeführt. Wer nicht gut genug Deutsch kann, erhält zum Beispiel 300 Euro Arbeitslosenhilfe weniger pro Monat.

Nach dem Skandal-Video hat die ÖVP die Koalition mit der FPÖ beendet. Doch der größte, eigentliche Skandal ist die von beiden Parteien gemeinsam geführte Politik!

CO₂-Steuer: Die nächste ungerechte Steuer

Eine Allianz fast aller Parteien, von CDU bis zu Teilen der Linkspartei und dem Unternehmerverband wollen die mehr als berechnete Sorge um den Klimawandel ausnutzen, um eine CO₂-Steuer einzuführen. Aber nicht etwa die Industrie soll diese Steuer bezahlen – also diejenigen, die das CO₂ hauptsächlich produzieren – sondern die arbeitende Bevölkerung, die die CO₂-haltigen Produkte „verbraucht“.

Wie einfach sie sich das machen! Die arbeitende Bevölkerung hat keinen Einfluss darauf, ob sie eine Arbeit vor der Haustür findet oder 50 km pendeln muss, was meist nur mit dem Auto möglich ist. Erst Recht hat sie keinen Einfluss darauf, was die Industrie zu welchen Bedingungen produziert und transportiert und wie viel CO₂ dabei entsteht. Das entscheiden die Kapitalisten, und zwar nicht nach Umweltaspekten, sondern nach Profit.

Die Umwelt ist in Wahrheit nur der verlogene Vorwand für die nächste Steuer auf dem Rücken der einfachen Bevölkerung.

Verbrauchersteuern sind schon an sich ungerecht, denn jeder – ob arm oder reich – bezahlt gleich viel. Jeder bezahlt 7% Mehrwertsteuer auf einen Liter Milch und 45% auf eine Kilowattstunde Strom. Wer 100.000 Euro im Monat zur Verfügung hat, kann dies locker wegstecken – aber nicht, wer 1.000 oder 2.000 Euro hat.

Die CO₂-Steuer soll vor allem auf Sprit und Heizung erhoben werden. Wer sich nur eine schlecht isolierte Wohnung leisten kann und ohnehin schon mehr heizen muss, darf dann zur Strafe auch noch mehr CO₂-Steuer bezahlen. Dasselbe Spiel, wenn man sich nur ein altes Auto leisten kann. Als ob viele Arbeiter nicht ohnehin schon nicht mehr wissen, wie das Geld bis zum Monatsende reichen soll!

Aber sie sollten aufpassen: Vor einem halben Jahr hat eine ähnlich verlogene Umweltsteuer auf Sprit in Frankreich die Bewegung der Gelbwesten ausgelöst...

ThyssenKrupp:

Schluss mit Ausreden!

Erst hatte ThyssenKrupp erzählt, wegen der Fusion mit Tata-Steel müssten sie 2.000 Arbeitsplätze vernichten. Nun – nach Jahren der Verhandlungen und Verunsicherungen – lassen sie die Fusion platzen. Und nehmen eben das als Ausrede für noch viel krassere Angriffe: mindestens 6.000 Arbeitsplätze sollen vernichtet, Standorte geschlossen oder verkauft werden!

Fusion, keine Fusion, wirtschaftliche Lage, „Zukunftssicherung“: Die Manager finden immer Ausreden, um ihre „schmerzlichen Eingriffe“ (so nennen sie Entlassungen!) zu rechtfertigen. Und die Gewerkschaftsführung unterstützt sie dabei. Im Aufsichtsrat haben sie einstimmig für die Entlassungen gestimmt.

Die Aktionäre haben dafür sofort verstanden, dass diese Maßnahmen ihnen in Wahrheit weitere Gewinne und Dividenden sichern sollen: Die Börsenkurse sind nach oben geschossen. Bleibt zu hoffen, dass der Widerstand der Arbeitenden ebenso ansteigt.

Boeing: Was wirklich zählt

Bei den Nachforschungen zu den beiden abgestürzten 737 MAX Maschinen hat sich herausgestellt, dass Boeing ein Warnsignal abgestellt hat – um es als kostenpflichtige Zusatzoption(!) anzubieten.

Dieses Warnsystem meldet sich, wenn zwei Sensoren widersprüchliche Angaben zum Anstiegswinkel der Maschine geben. Und genau das war wohl bei den beiden Abstürzen der Fall.

Jetzt, nachdem hunderte Menschen gestorben sind; jetzt wo diese Maschinen monatelang nicht fliegen dürfen; jetzt wo es also auch an den Profit der Aktionäre geht – ja, jetzt hat Boeing versichert, dass sie bei der neuen Software das Warnsystem „kostenlos“ zur Verfügung stellen werden...

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:
für 13 € pro Jahr!